



Sitzung des Stadtrates am 29.01.2025

**Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktionen FDP/FREIE WÄHLER, Volt/Mitbürger, Die Linke und SPD auf Bewerbung der Stadt Halle (Saale) als Modellregion zur kontrollierten Abgabe von Cannabis; VIII/2025/00739
Vorlagen-Nummer: VIII/2025/00772
TOP: 10.9.1**

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Es wird auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Antrag der Fraktionen FDP/Freie Wähler, Volt/Mitbürger, Die Linke und SPD - Vorlagennummer VIII/2025/00739 verwiesen.

Von Seiten der Stadt Halle (Saale) kann keine Bewerbung als Modellregion eingereicht werden.

Nach Sichtung der Presse wurden die Forschungsanträge von Seiten der Wissenschaft in Verbindung mit einem interessierten Unternehmen gestellt (siehe Frankfurt am Main und Hannover). Die Städte haben in der Folge Absichtserklärungen mitgezeichnet, um sicherzustellen, dass die Interessen der Stadt adäquat in der Umsetzung und Durchführung des Modellprojektes berücksichtigt werden. (<https://frankfurt.de/service-und-rathaus/verwaltung/aemter-und-institutionen/drogenreferat/aktuell/cannabis-modellprojekt>)

An die Stadt Halle (Saale) wurde bisher kein Anliegen von potentiellen Anbietern/Unternehmen oder der Forschung gerichtet, was aber Voraussetzung ist (siehe Stellungnahme zum Antrag Vorlagennummer VIII/2025/00739).

Der personelle und zeitliche Aufwand zur Gewinnung, Entwicklung, Durchführung und Begleitung eines Forschungsprojektes wird von Seiten der Stadtverwaltung Halle (Saale) als nicht machbar eingeschätzt.

In der Stadtverwaltung Halle (Saale) ist alleinig die Suchtkoordinatorin für diesen Bereich zuständig. Diese ist derzeit mit der Erstellung des bereits langfristig avisierten Suchtkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) beauftragt. Die Erstellung ist bis Ende 2025 geplant. Außerdem nimmt der Bereich Cannabis-Teillegalisierung, Informationsarbeit und Vernetzung der örtlichen Akteure einen großen Teil ihrer Arbeit ein.

Als Alternativvorschlag stellt die Stadtverwaltung Halle (Saale) anheim – immer unter der Voraussetzung, dass keine Kosten und zu hoher Personalaufwand entstehen:

Kontaktaufnahme mit Anbietern/Forschungsunternehmen, ob diese sich vorstellen können, die Stadt Halle (Saale) zu beteiligen und Prüfung einer Machbarkeit für die Stadtverwaltung.

Unabhängig davon bleiben hierbei der Kosten- und Zeitaufwand für die mögliche Beteiligung der Stadtverwaltung Halle (Saale) ungeklärt und sollten bei den Anfragen mit geprüft werden, da die personellen und finanziellen Ressourcen der Stadt Halle (Saale) im Vergleich zu den anderen Kommunen geringer sind und weitere Kosten hierfür nicht im Haushalt eingeplant sind.

Die Stadtverwaltung verweist ferner auf die bundespolitischen Entwicklungen, welche abgewartet werden sollten.

Katharina Brederlow
Beigeordnete